

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Claus Seebeck (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung

Mittel aus dem Nachtragshaushalt für den Landkreis Cuxhaven (Teil 1)

Anfrage des Abgeordneten Claus Seebeck (CDU), eingegangen am 09.02.2023 - Drs. 19/503
an die Staatskanzlei übersandt am 13.02.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung
vom 13.03.2023

Vorbemerkung des Abgeordneten

Der Landtag hat am 30.11.2022 einen Nachtragshaushalt beschlossen. Dieser Nachtragshaushalt sorgt nach Medienberichten dafür, dass zusätzliche Mittel in großem Rahmen in den Landkreis Cuxhaven fließen. Damit soll unter anderem die Nothilfe zur Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in der Energiekrise finanziert werden. Zudem wurden die Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhöht und wurden als Teil des Maßnahmenpaketes in der Energiekrise kommuniziert. Für Sportvereine werden landesweit 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Schützenvereine werden dabei nicht berücksichtigt.

Vorbemerkung der Landesregierung

Mit dem vom Landtag am 30.11.2022 beschlossenen Nachtragshaushalt 2022/2023 hat die Landesregierung direkt nach Amtsantritt ihre Handlungsfähigkeit bewiesen und ein Gesamtvolumen von 2,9 Milliarden Euro bewegt. Angesichts der aktuellen Krise war dieses entschlossene Handeln dringend geboten, indem die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des Ukrainekrieges und der Energiekrise geschaffen wurden.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sorgt weltweit für großes Leid. Die hieraus resultierenden globalen Auswirkungen stellen auch Deutschland, das Land Niedersachsen sowie dessen Kommunen vor enorme Herausforderungen. Das mit dem Doppelnachtrag auf den Weg gebrachte Sofortprogramm zugunsten von Menschen, Unternehmen, Kommunen und sozialen Einrichtungen in einem Umfang von 970 Millionen Euro wird dabei helfen, den Auswirkungen der enormen Kostensteigerungen im Energiesektor infolge des russischen Angriffskrieges besser begegnen zu können.

Das Land Niedersachsen steht bei der Bewältigung der Krise Seite an Seite mit seinen Kommunen. Der von der Landesregierung initiierte Doppelnachtrag 2022/2023 legt daher auch einen besonderen Schwerpunkt auf die gezielte Unterstützung der kommunalen Ebene. Von dem Gesamtvolumen des Nachtrags in Höhe von 2,9 Milliarden Euro entlasten insgesamt 1,1 Milliarden Euro die kommunale Ebene. Zu den unmittelbaren Entlastungen zählen neben den Zahlungen im kommunalen Finanzausgleich von rund 529 Millionen Euro an die Kommunen u. a. zusätzliche 251 Millionen Euro für die Aufnahme und Unterbringung Geflüchteter sowie 179 Millionen Euro für Kitas und Schulen im Rahmen des Sofortprogramms. Die Beschlüsse des Nachtrags führen zudem zu einer mittelbaren Entlastung der kommunalen Ebene. Hierzu zählen u. a. die Zahlungen zur Einführung des neuen bundesweiten ÖPNV-Tickets sowie für die Soforthilfe des Landes für den organisierten Sport in Niedersachsen, von der im Übrigen auch die im Landessportbund Niedersachsen e. V. (LSB) organisierten Schützenvereine profitieren können. Es steht sämtlichen niedersächsischen Schützenvereinen grundsätzlich frei, Mitglied im LSB zu werden und an der Soforthilfe zu partizipieren.

Die Landesregierung sieht sich mit diesem Doppelnachtrag gewappnet, der aktuellen Krise nachhaltig zu begegnen, und geht die Bewältigung der aus dem russischen Angriffskrieg resultierenden Herausforderungen für Niedersachsen gemeinsam mit den Kommunen entschlossen an.

- 1. In welchem Zeitraum wird die für den Landkreis Cuxhaven in Aussicht gestellte Summe ausgezahlt? Wie verteilt sich diese Summe auf den Landkreis Cuxhaven und die kreisangehörigen Kommunen Stadt Cuxhaven, Stadt Geestland, die Samtgemeinden Land Hadeln, Börde Lamstedt und Hemmoor sowie die Gemeinden Hagen im Bremischen, Schifffdorf, Loxstedt, Beverstedt und Wurster Nordseeküste? Welcher Anteil dieser Summen entfällt auf Schlüsselzuweisungen, die nach den Regeln des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich ohnehin in den Haushaltsjahren 2022, 2023 oder 2024 hätten zugewiesen werden müssen (bitte nach Gebietskörperschaften getrennt ausweisen)?**

Regionale Härtefallfonds:

Hinsichtlich der regionalen Härtefallfonds ist im Muster der Verwaltungsvereinbarung vorgesehen, dass die tatsächlich angefallenen Kosten in Höhe von 1/3 der Hilfen zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 10 % des Erstattungsbetrages erstattet werden, sobald Hilfen gewährt worden sind. Die Auszahlung der Erstattung soll quartalsweise erfolgen. Der Landesanteil an den regionalen Härtefallfonds, der auf den Landkreis Cuxhaven entfällt, steht für das Kreisgebiet insgesamt zur Verfügung. Eine Aufgliederung auf die kreisangehörigen Gebietskörperschaften erfolgt nicht. Die Mittel werden als Billigkeitsleistung gewährt.

Leistungen nach dem Niedersächsischen Gesetz über den Finanzausgleich (NFAG):

Die durch den Nachtragshaushalt 2022/2023 durch das Niedersächsische Gesetz über den Finanzausgleich (NFAG) zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel wurden für die Ausgleichsleistungen für Kitas und Schulen nach § 14 k NFAG am 15.12.2022 ausgezahlt.

Die Haushaltsmittel, die durch die Erhöhung der Zuweisungsmasse des kommunalen Finanzausgleichs 2022 durch Schlüsselzuweisungen zur Verfügung gestellt wurden, sind durch die Neufestsetzung des kommunalen Finanzausgleichs 2022 zum Auszahlungstermin nach § 21 Abs. 1 NFAG am 20.12.2022 an die Kommunen ausgezahlt worden. Die Haushaltsmittel, die durch die Erhöhung der Zuweisungsmasse für das Haushaltsjahr 2023 durch Schlüsselzuweisungen bereitgestellt wurden, werden anhand des regulären Auszahlungsverfahrens gemäß § 21 Abs. 1 NFAG im Jahr 2023 ausgezahlt.

Ohne den Nachtragshaushalt 2022/2023 wären die unten ausgewiesenen Entlastungen durch die geänderten Zuweisungen durch die Schlüsselzuweisungen erst im jeweils darauffolgenden Jahr im Rahmen der Steuerverbundabrechnungen für die Jahre 2022 und 2023 an die Kommunen ausgezahlt worden.

Kosten nach dem (Niedersächsischen) Aufnahmegesetz (AufnG):

Im Nachtragshaushalt 2022/2023 wurden für die Kostenabgeltung nach dem (Niedersächsischen) Aufnahmegesetz (AufnG) insgesamt 176,3 Millionen Euro eingestellt. Von diesen sind insgesamt 26,3 Millionen Euro zur Deckung der gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen für die im Jahr 2022 durchgeführte Kostenabgeltung vorgesehen. Dieser Mehrbedarf gegenüber dem bisher im Haushaltsplan vorgesehenen Ansatz für das Jahr 2022 konnte erst nach Ermittlung der Höhe der Kostenabgeltungspauschale und Anzahl der berücksichtigungsfähigen Personen festgestellt werden.

Nach dem derzeit geltenden AufnG sind die Landkreise, die Region Hannover, die kreisfreien Städte sowie die Landeshauptstadt Hannover und die Stadt Göttingen für die Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) zuständig. Das Land Niedersachsen zahlt diesen zur Abgeltung aller Kosten, die ihnen durch die Durchführung des AsylbLG entstehen, eine jährliche Kostenabgeltungspauschale in Höhe von mindestens 10 000 Euro für jede zu berücksichtigende Leistungsempfängerin und jeden zu berücksichtigenden Leistungsempfänger, die bzw. der laufend Leistungen nach dem AsylbLG bezogen hat. Die Höhe der Kostenabgeltungspauschale für Zahlungen im Jahr 2022 setzt sich aus den landesdurchschnittlichen tatsächlichen Nettoausgaben pro Person nach der AsylbLG-Statistik für das Kalenderjahr 2021 zuzüglich des gesetzlich bestimmten pauschalierten Betrages

zusammen. Die hierfür erforderlichen Daten der AsylbLG-Statistik 2021 lagen erst im letzten Quartal des Jahres 2022 vor. Danach wurde für die Zahlungen im Jahr 2022 auf Basis der Daten des Jahres 2021 die Höhe der Kostenabgeltungspauschale auf 11 871 Euro pro berücksichtigungsfähiger Person festgestellt.

Entsprechend der Anzahl der für den Landkreis Cuxhaven jeweils ermittelten berücksichtigungsfähigen Personen beträgt für diesen die Zahlung nach der allgemeinen Kostenabgeltung nach dem AufnG im Jahr 2022 insgesamt 10 171 072,80 Euro. Der Anteil, der hierbei auf die mit dem Nachtragshaushalt für 2022/2023 eingestellten Mehrbedarfe in Höhe von 26,3 Millionen Euro entfällt, würde hierbei für den Landkreis Cuxhaven rechnerisch proportional 620 554,96 Euro betragen.

Eine finanzielle Ausgleichsregelung bzw. interkommunale Verteilung der Mittel im Falle einer Heranziehung kreisangehöriger Kommunen für die Durchführung von Aufgaben nach dem AsylbLG betrifft die Beziehung zwischen dem Landkreis und dessen kreisangehörigen Kommunen.

Des Weiteren sieht der Nachtragshaushalt 2022/2023 im Jahr 2023 Vorauszahlungen für die Zahlungsverpflichtungen nach dem AufnG im Jahr 2024 in Höhe von 150 Millionen Euro vor. Eine solche Vorauszahlung kann bei steigenden Zugangszahlen von Empfängerinnen und Empfängern nach dem AsylbLG zu einer Abfederung von Vorleistungen der kommunalen Träger beitragen. Ein konkreter Auszahlungstermin im Jahr 2023 für diesen Betrag sowie die für eine Verteilung anzulegenden Basisdaten befinden sich noch in Abstimmung. Bei einer möglichen fiktiven Verteilung einer Vorauszahlung im Jahr 2023 für das Jahr 2024 unter Anlegung des Verteilmaßstabes für die Kostenabgeltung aus dem Vorjahr würden auf den Landkreis Cuxhaven 3 539 286,86 Euro entfallen.

Deutschlandticket:

Der Anteil der Mittel mit Bezug zum Deutschlandticket wird im zeitlichen Zusammenhang mit dem Start des Ticketangebots (voraussichtlicher Starttermin: Mai 2023) per Abschlagszahlung ausgezahlt. Die genaue Summe beruht auf den tatsächlichen Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen und lässt sich erst im Laufe des Angebotszeitraums ermitteln. Deshalb ist sie in der unten angegebenen Summe nicht enthalten. Durch die Abschlagzahlungen wird die Liquidität sichergestellt. Die Mittel für Mindereinnahmen durch das Deutschland-Ticket werden vom Land an den Landkreis Cuxhaven als ÖPNV-Aufgabenträger und nicht an die kreisangehörigen Gemeinden ausgezahlt.

Die Aufteilung des Betrages der vorstehenden Entlastungen durch den Nachtragshaushalt 2022/2023 auf den Landkreis Cuxhaven, die kreisangehörigen Gemeinden und Samtgemeinden sowie der Anteil des Betrages an Schlüsselzuweisungen hieran, die nach NFAG ohnehin in den Haushaltsjahren 2022, 2023 oder 2024 hätten zugewiesen werden müssen, kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

Kommune	Entlastung durch den Nachtragshaushalt 2022/2023 (in Euro)	Davon Schlüsselzuweisungen, die nach dem NFAG ohnehin in den Haushaltsjahren 2022, 2023 oder 2024 hätten zugewiesen werden müssen (in Euro)
Cuxhaven, Landkreis	17 522 441	6 630 160
Cuxhaven, Stadt	1 919 557	1 644 896
Loxstedt	577 930	480 040
Schiffdorf	519 391	421 648
Beverstedt	462 799	387 048
Hagen im Bremischen	369 790	308 520
Wurster Nordseeküste	610 535	505 016
Geestland, Stadt	1 185 084	988 808
Börde Lamstedt, Samtgemeinde	200 809	166 696
Hemmoor, Samtgemeinde	489 879	400 424
Land Hadeln, Samtgemeinde	994 763	839 096
Summe	24 852 978	12 772 352

2. Zu welchen Anteilen sind in den auf den Landkreis Cuxhaven entfallenden Mitteln aus dem Nachtragshaushalt 2022/23 des Landes Niedersachsen Bundesmittel enthalten, und für welche Aufgaben werden diese gewährt (bitte einzeln benennen)?

Regionale Härtefallfonds:

Die für die regionalen Härtefallfonds durch das Land Niedersachsen zur Verfügung gestellten Mittel sind ausschließlich Landesmittel.

Veränderung der Schlüsselzuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs 2022:

Gemäß Nr. 7 des Beschlusses des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 02.11.2022 beteiligt sich der Bund im Jahr 2022 mit weiteren 1,5 Milliarden Euro an den flüchtlingsbedingten Kosten der Länder und Kommunen (vgl. Artikel 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, des Stabilitätsratsgesetzes sowie weiterer Gesetze vom 04.12.2022 - BGBl. I 2022, Nr. 48, S. 2142 ff.). Die Summe fließt den Ländern über ein höheres Umsatzsteueraufkommen zu. Auf das Land Niedersachsen entfällt ein Anteil von rund 143 Millionen Euro.

Mit dem Nachtragshaushalt 2022/2023 wurden der kommunalen Ebene hiervon 75 Millionen Euro über § 14 i Abs. 3 NFAG zur Abmilderung ihrer Herausforderungen im Bereich der Unterbringung geflüchteter Menschen zur Verfügung gestellt. Über den kommunalen Finanzausgleich wurden zudem rund 22 Millionen Euro an die niedersächsischen Kommunen ausgezahlt. Insgesamt hat das Land der kommunalen Ebene über den kommunalen Finanzausgleich 2022 somit gut 97 Millionen Euro weitergereicht.

Auf den Landkreis Cuxhaven und die kreisangehörigen Gemeinden und Samtgemeinden entfallen hiervon rund 2,476 Millionen Euro.

Deutschlandticket:

Im Nachtragshaushalt sind nur Landesmittel enthalten. Auszahlungen aus dem Nachtragshaushalt sind daher immer nur Landesmittel. Die Kosten für die Finanzierung des Deutschlandtickets werden sich Bund und Länder jedoch teilen. Beide Seiten übernehmen jeweils 1,5 Milliarden Euro pro Jahr und teilen sich für 2023 auch etwaige Mehrkosten hälftig. Die Abschlagzahlungen an die Aufgabenträger des ÖPNV, so auch an den Landkreis Cuxhaven, sollen daher hälftig aus Bundes- und Landesmitteln bestritten werden.

Im Übrigen sind bei den Entlastungen keine Bundesmittel enthalten.

3. Welcher Anteil der auf den Landkreis Cuxhaven entfallenden Mitteln aus dem Nachtragshaushalt 2022/23 des Landes Niedersachsen ist zweckgebunden? Welcher Anteil fließt über die Schlüsselzuweisungen den allgemeinen Kommunalhaushalten des Landkreises Cuxhaven und den angehörig Gebietskörperschaften zu (bitte einzeln auflisten)? Welche dieser Mittel sollen für Kitas und Schulen eingesetzt werden?

Kommune	Härtefallfonds (in Euro)	Kita und Schule § 14 k NFAG (in Euro)	Veränderung der Schlüsselzuweisungen des KFA 2022 und 2023 (in Euro)	Kosten nach dem AufnG (in Euro)
Cuxhaven, Landkreis	1 367 650	3 157 950	8 837 000	4 159 842
Cuxhaven, Stadt		202 557	1 717 000	
Loxstedt		76 930	501 000	
Schiffdorf		79 391	440 000	
Beverstedt		58 799	404 000	
Hagen im Bremischen		47 790	322 000	
Wurster Nordseeküste		83 535	527 000	
Geestland, Stadt		153 084	1 032 000	
Börde Lamstedt, Samtgemeinde		26 809	174 000	
Hemmoor, Samtgemeinde		71 879	418 000	
Land Hadeln, Samtgemeinde		118 763	876 000	
Summe	1 367 650	4 077 487	15 248 000	4 159 842

Regionale Härtefallfonds:

Das Land Niedersachsen beteiligt sich zu einem Drittel an der Finanzierung der Hilfen zur Vermeidung von Energiesperren, die im Rahmen von regionalen Härtefallfonds ausgezahlt werden. Die in diesem Zusammenhang durch den Nachtragshaushalt 2022/2023 zur Verfügung gestellten Mittel dienen ausschließlich diesem Zweck. Insgesamt stellt das Land Niedersachsen für die gewährten Hilfen bis zu 50 Millionen Euro zur Verfügung. Der Anteil, der davon auf den Landkreis Cuxhaven entfällt, beläuft sich auf bis zu 1 243 317,73 Euro zuzüglich einer 10-prozentigen Verwaltungskostenpauschale, d. h. insgesamt maximal 1 367 649,51 Euro.

Ausgleichsleistungen für Kitas und Schulen nach § 14 k NFAG:

Mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 2022/2023 vom 30.11.2022 wurden für den Landkreis Cuxhaven 4 077 487 Euro für die Mehraufwendungen bei den Heizkosten und für den krisenbedingten Anstieg der Kosten der Mittagsverpflegung bereitgestellt. Dabei wird ein qualitativ hochwertiges, nach Möglichkeit regionales Mittagessenangebot angestrebt, welches u. a. auch Obst enthält. Mit diesen Mitteln sollen die genannten Träger in die Lage versetzt werden, Schulen und Einrichtungen finanziell zu unterstützen, um Beitragserhöhungen zulasten der Erziehungsberechtigten nach Möglichkeit zu vermeiden.

Veränderung der Schlüsselzuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs für die Jahre 2022 und 2023:

Die angegebenen Werte stellen die Veränderungen der nicht zweckgebundenen Schlüsselzuweisungen für die Jahre 2022 und 2023 der jeweiligen Kommune abzüglich der Finanzausgleichsumlage bei den Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben durch den Nachtragshaushalt 2022/2023 im Vergleich zum Doppelhaushalt 2022/2023 dar. Die hierbei für den kommunalen Finanzausgleich 2023 berücksichtigten Werte sind vorläufig. Die Beträge sind auf 1 000 Euro gerundet.

Kosten nach dem AufnG:

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Deutschlandticket:

In Bezug auf das Deutschlandticket sind die auf den Landkreis Cuxhaven entfallenden Mittel zweckgebunden zur Umsetzung des Ticketangebots.

4. In welchem Teil des Landesprogramms für den Sport wird den nicht im Landessportbund organisierten Vereinen, wie zum Beispiel Schützenvereinen, die Möglichkeit gegeben, eine Unterstützung zu erhalten?

Das Land gewährt dem LSB gemäß § 4 a Abs. 1 Satz 1 des Niedersächsischen Sportförderungsgesetzes (NSportFG) im Jahr 2023 eine zusätzliche Finanzhilfe in Höhe von 30 Millionen Euro. Der LSB hat die zusätzliche Finanzhilfe gemäß § 4 a Abs. 2 Satz 1 NSportFG insbesondere zum Ausgleich der finanziellen Mehrbelastung der anerkannten niedersächsischen Sportorganisationen durch die stark gestiegenen Energiekosten sowie für Zuschüsse zu den Ausgaben zu verwenden, die diesen Sportorganisationen durch die Inanspruchnahme von Energieberatungen und die Anschaffung von Materialien zur Energieeinsparung entstehen. Über eine entsprechende LSB-Richtlinie verteilt der LSB diese Mittel weiter an Sportvereine und Landesfachverbände, die ordentliches Mitglied im LSB sind, sowie Sportbünde, die Gliederungen des LSB sind. Anträge für Energiekostenzuschüsse können seit dem 16.01.2023 über ein Antragsportal digital beim LSB gestellt werden.

Darüber hinaus fördert das Land die Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung (LSS) mit Finanzhilfemitteln in Höhe von mindestens 1 Million Euro. Die LSS stellt im Rahmen des Förderprogrammes „Sport vor Ort“ bis zu 100 000 Euro für Förderungen von Kleinprojekten zur Reduzierung des Energieverbrauchs zur Verfügung. Antragsberechtigt sind hierbei auch nicht im LSB organisierte Sportvereine.

(Verteilt am 16.03.2023)